

Auslandskapital erkaufte wurde, ist zur wesentlichen Ursache dafür geworden, daß mit der deutschen Wirtschaft auch die Sozialversicherungen in den Krisenjahren 1930 bis 1932 an den Rand des Abgrundes gerieten.

In dieser Zeit hat das schaffende deutsche Volk am eigenen Leibe die ehrliche Wahrheit zu spüren bekommen, daß nur ein Volk, das in einem starken Staat lebt, und das frei ist vom Joch des Auslandes, eine gesunde Sozialpolitik treiben kann. Der Marxismus hat diese Wahrheit bis zuletzt gelehrt. Er war es ja, der den deutschen Siegeswillen verhindert hatte, der die deutsche Armee entwaffnete und den Faschismus predigte. Er hat Verfall, Londoner Ultimatum, Dawesplan und Youngplan angenommen. Er hat Deutschland zu einer Kolonie des internationalen Finanzkapitals erniedrigt; er hat das Eigenkapital der deutschen Wirtschaft zerstört und sie gezwungen, mit fremdem Kapital zu arbeiten, für das dem Ausland genutzt werden mußte. Eine solche Wirtschaft konnte Sozialleistungen in dem Maße, wie sie der Marxismus forderte, nicht mehr aufbringen. Der Marxismus aber lag, der Volkswehr die Kosten des verlorenen Krieges zu tragen haben. Sieben Millionen Arbeitslose und die Gefährdung der Kranken- und der Altersversorgung der schaffenden Menschen waren das Ergebnis dieses Betrugs am deutschen Volke. Mit der steigenden Arbeitslosigkeit laufen die Sozialbeiträge, und schließlich konnte der Zeitpunkt bestimmt werden, an dem unter diesen Umständen die letzten Aussichten der Sozialversicherungen ausgebraucht geworden wären. Dann hätten die Alten, die Invaliden, die Kranken nichts mehr zu erwarten gehabt. Die Beiträge, mit denen sie ihre Ansprüche rechtmäßig erworben haben, wären unzureichend gewesen. Vergleichbar sah das System mit Notverordnungen, die die Leistungen stark herabsetzen, dieser Not zu steuern. In Wirklichkeit konnte es jedoch nur eine Abhilfe geben, die Gefährdung der Wirtschaft. Wenn das Millionenheer der Arbeitslosen wieder Verdienst hat und Versicherungs-

beiträge leisten kann, wenn gleichzeitig Reformen das Verhältnis von Beiträgen und Leistungen wiederherstellen, dann mußte auch die deutsche Sozialversicherung wieder zu retten sein.

In voller Erkenntnis der Gefahren, die Millionen von Arbeitern durch den Zusammenbruch der Sozialversicherungen drohten, ist daher die nationalsozialistische Regierung sofort an diese Arbeit herangegangen. Durch die Gesetze vom 7. Dezember 1933 und vom 5. Juli 1934 wurde der grundlegende Geschäftspunkt wieder gültig, ohne den keine Versicherung bestehen kann, daß nämlich die Beitragsleistungen und die Rinten aus dem Vermögen niemals geringer sein dürfen als die Aufwendungen. Schon in kurzer Zeit trat die Wendung zum Besseren ein. Mit der Erfahrung der Wirtschaft erreichten die Beiträge wieder die Ausgaben und überschritten sie sogar wieder in erfreulichem Umfang. Bereits im Jahre 1934 wuchs das Gesamtvermögen der Sozialversicherungen von 4,7 Milliarden auf 5,2 Milliarden an. Die Einnahmen übersteigen seitdem die Ausgaben wieder erheblich. Auch die besonders gefährdeten Invaliden- und Altersversicherung kann als endgültig gerettet gelten. Damit ist eine große Sorge von der deutschen Arbeiterschaft genommen worden, zumal die nationalsozialistische Staatsführung gleichzeitig die Gewähr gibt, daß diese Entwicklung nicht mehr gefährdet wird. Niemals mehr werden um Stimmen bühnende Hörer im Deutschen Reichslage die Leistungen so in die Höhe schrauben können, daß sie nicht mehr in Übereinstimmung mit den Einnahmen stehen. Niemals mehr werden Tribut Deutschlands Wirtschaftskraft zerstören. Und der deutsche Arbeiter erkennt heute dankbar an, daß der Wert der Sozialversicherungen nicht ausschlaggebend in der Höhe der Leistungen besteht, sondern in der Sicherung der dauernden, gleichbleibenden Leistungsfähigkeit für gute und schlechte Zeiten.

Der beste Schutz der Sozialversicherung aber ist ein starker, wehrhafter Staat. Nur in ihm kann eine

gesunde Wirtschaft gebilden, ohne die es eine gesunde Sozialpolitik nicht geben kann. Wehrkraft und Sozialversicherung stehen in inniger Wechselwirkung. In den Anfängen der industriellen Entwicklung, als es noch keine Sozialversicherungen gab, mußte der preußische Staat feststellen, daß in den Industriegebieten infolge des schlechten Gesundheitszustandes der Fabrikbevölkerung das vorgelebte Rekrutenkontingent nicht mehr aufgebracht werden konnte. Heute ergeben die Musterungen das gesamte Bild. Die Großstadtjugend übertrifft in ihrem Gesundheitszustand vielleicht sogar die Landjugend. Gewiß hat die Pflege der Erziehungen daran wesentlichen Anteil. Aber auch die Sozialversicherung erfüllt hier eine große Aufgabe. Denn sie begnügt sich nicht mehr, zu helfen, wenn der Versicherer bereit ist, sondern ihr gilt als oberster Grundsatz: Schaden verhütet ist besser, als Schaden zu vertreten! Deshalb betreibt sie in grohem Umfang eine vorbeugende Gesundheitsfürsorge, die auch die häusliche Umgebung des Versicherers in die Maßnahmen einbezieht. So erhält, heiligt und vermehrkt sie die deutsche Wehrkraft. Heute bereits werden von drei deutschen Kindern zwei mit ihrer Unterstützung geboren. Ein wachsendes, junges Volk aber ist auch eine wesentliche Gewähr für die zukünftige Leistungsfähigkeit der Sozialversicherungen. Gleich damit handelt die höherentwickelte der Volksgefäßheit, dann ist die Bedeutung der Sozialversicherungen für unsere Wehrkraft offenkundig. Die Wehrkraft aber ist die Voraussetzung des starken, freien Staates. Er wiederum sichert das Gedanken der Wirtschaft, ohne die eine gesunde Sozialversicherung nicht zu vereinbaren ist. Die gegenwärtige Entwicklung führt im alten System ganz folgerichtig zum Fall der Sozialversicherungen. In Adolf Hitlers Staat aber sind Außen- und Innenspolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik eine Einheit geworden, aus der in zwangsläufiger Folgerichtigkeit Rettung und Neuausbau der deutschen Wehrkraft erwachsen.

Unterredung des Botschafters Ribbentrop mit Ward Price

London, 25. März.

Botschafter von Ribbentrop gewährte am Dienstagabend dem bekannten englischen Journalisten Ward Price eine Unterredung. Ward Price hat diese Unterredung in der "Daily Mail" folgendermaßen wiedergegeben:

Ich besuchte Herrn von Ribbentrop gestern abend bei seiner Rückkehr aus dem Außenwärtigen Amt und fragte ihn, ob er mir irgendwelche Auskünfte über die Art und den Umfang der neuen Vorschläge geben könnte, die die deutsche Regierung für den nächsten Dienstag in Aussicht stellt hat. „Darüber wird in Berlin noch beraten“, war seine Antwort. „Ich kann daher im Augenblick nicht sagen, welche Vorschläge noch zu denen in dem Memorandum des deutschen Reichskanzlers vom 7. März hinzukommen werden. Auf jeden Fall werden auch diese von demselben Geist erfüllt sein.“

Der deutsche Zwischenbescheid

„Die Antwort der deutschen Regierung wird wahrscheinlich als vage kritisiert werden. Man erwartete ein etwas genauereres Ergebnis der Besprechungen, die der deutsche Reichskanzler während des Wochenendes in Berlin gehabt hat.“

„Sie müssen bedenken, antwortete mir der deutsche Delegierte, daß wir und in Deutschland mitten in einem Wahlfeldzug befinden. Fast alle Minister sind dauernd von Berlin abwesend. Sie müssen genau wie der Reichskanzler überall im Lande Wahlreden halten. Die Probleme, denen wir gegenüberstehen, sind zu umfassend und zu wichtig, um in der kurzen Zeit seit meiner Abreise aus London erstholt behandelt zu werden. Der Wahlfeldzug wird Sonnabendabend zu Ende sein, und die Mitglieder der deutschen Regierung werden sich Sonntag und Montag der Ausarbeitung einer vollständigeren und mehr ins einzelne gehenden Antwort widmen können. Ich werde voransichtlich ein paar Tage in London bleiben und auch wieder mit Mister Eden zusammenkommen. Ich werde jedoch sicherlich zu den Wahlen am Sonntag nach Berlin zurückkehren.“

Die Aufnahme des Memorandums in Berlin

Ich fragte den deutschen Delegierten, ob er mir etwas über die Eindrücke lagen könne, die die Vorschläge der Locarnomächte auf den deutschen Reichskanzler und seine Hinterleiter in Berlin gemacht hätten.

„Schon bei der ersten Prüfung des mir von Mister Eden am letzten Donnerstagabend überreichten Dokumentes, sagte Herr von Ribbentrop, gewann ich die leise Überzeugung, daß es eine sehr starke Reaktion nicht nur bei der deutschen Regierung, sondern beim gesamten deutschen Volk hervorrufen würde. Denn die Vorschläge stellen einen bedauernswerten Rückfall in die Heilsabschaltung dar, die Deutschland während der Nachkriegszeit so viel Leid gebracht hat. Diese Einstellung macht es sich zum Grundzustand, die europäischen Nationen in Sieger und Verlierer zu teilen.“

Ich kann Ihnen versichern, daß das deutsche Volk diese Verlierer-Geist nicht mehr duldet. Daraus ergibt sich, daß die deutsche Regierung niemals eine einleitende Belehrung ihrer Sozialrechte annehmen wird. Wenn Herr Planck sagt, daß er die Ausweitung der treibenden Truppen auf französischem Boden als eine ungeheuerliche Unbilligkeit empfinden würde, so kann ich nur erwidern, daß das deutsche Volk hundertprozentig genau so denkt.“

Die deutsche Regierung war, als ich ihr die Vorschläge der Locarnomächte vorlegte, um so unbeholfener über den aus Ihnen sprechenden Geist der Vergangenheit, als gerade sie ja seit der Machtaufnahme durch den Nationalsozialismus immer bestrebt war, einen neuen Geist des Friedens, allerdings auf der Grundlage der Gleichberechtigung, in Europa zum Leben zu erwecken.

Es ist oft die Frage gestellt worden, besonders von französischen Staatsmännern, warum Deutschland seinen Friedenswollen keine Taten folgen läßt. Ich glaube, ich kann wohl sagen, daß der Führer vor anderen europäischen Staatsmännern die Tat für sich in Anspruch nehmen kann, daß er zahlreiche konkrete Vorschläge der Welt vorgelegt hat. Diese Vorschläge sind ein wesentlicher Beweis dafür, daß Deutschland wirklich die Richtung des Friedens und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern wünscht. Ich glaube, der Tag wird übrigens kommen, wo allgemein anerkannt werden wird, daß der von der deutschen Regierung durch die Wiederbefreiung des Rheinlandes unternommene Schritt

die Befestigung Europas entscheidend gefördert hat, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Ganz abgesehen davon, daß es grundsätzlich für jedes Volk unerträglich ist und unerträglich sein muß, nicht Herr im eigenen Hause zu sein, war es nach dem Abschluß des antideutschen Militärkündigungsvertrages zwischen Frankreich und Rußland unmöglich, die dicht bevölkerten westlichen Provinzen Deutschlands weiterhin ohne militärischen Schutz zu lassen.

2. Frühere Erfahrungen haben und gelebt, daß gar keine Aussicht bestand, eine Einigung über die Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland auf dem Verhandlungsweg zu erreichen.

3. Hieraus folgt, daß die Lösung der deutschen Souveränitätsfrage erst die Voraussetzung für eine endgültige Lösung der europäischen Probleme geschaffen hat.

Die deutsche Regierung ist daher der Ansicht, daß sie durch die Wiederbefreiung des Rheinlandes am 7. März den Weg zu Verhandlungen für einen dauernden Frieden freigemacht hat, weil derartige Verhandlungen nur Erfolg haben können, wenn sie zwischen gleichberechtigten und freien Völkern durchgeführt werden.“

Die weiteren Aussichten

„Sind Sie mit der Aufnahme, die Ihnen bei Ihrer Rückkehr nach London zuteil geworden ist, zufrieden?“ fragte ich.

„Meine Unterredung mit Außenminister Eden“, entgegnete der Botschafter, „war freundlich. Ich habe Herrn Eden genau so, wie Ihnen jetzt, die grundläufige Auflösung Deutschlands erklärt. Ich bin bei meinem Aufenthalt in London in der vorigen Woche stark beeindruckt worden durch den tiefen und aufrichtigen Wunsch des britischen Volkes nach Frieden und Befreiung in Europa. Ich kann Ihnen versichern, daß dieser Wunsch von den gesamten deutschen Volke geteilt wird.“

Auch das französische Volk, das ich während eines Vierteljahrhunderts aus der Nähe kennengelernt habe, hat den gleichen Wunsch nach Frieden und nach gutacharistischen Beziehungen zu Deutschland. Bei den anderen europäischen Völkern wird dies ebenso auftreten. Ich bin sehr überzeugt, daß im Hinblick auf diesen allgemeinen Friedenswunsch der europäischen Völker es den europäischen Staatsmännern ein leichtes sein müßte, den fünfundzwanzigjährigen Friedensplan des Führers in die Tat umzusetzen.

Meiner Ansicht nach steht Europa heute am Scheidewege:

Wollen die Völker den Frieden oder wollen sie ihn nicht? Was Deutschlands Friedenswunsch angeht, so wird auf jeden Fall das Ergebnis der Wahlen am nächsten Sonntag der ganzen Welt beweisen, daß das deutsche Volk auf diese Frage nur eine Antwort zu geben hat.“

Neue Befreitung Ribbentrop-Eden

London, 25. März.

Botschafter von Ribbentrop hatte am Mittwoch um 15 Uhr eine Unterredung mit Außenminister Eden im Unterhaus.

Ministerpräsident Baldwin teilte am Mittwoch im Unterhaus mit, daß am Donnerstagabend eine außenpolitische Ansprache stattfinden werde.

Paris wünscht Verhandlungspause bis Mai

London, 25. März.

Neben die heutige Unterredung zwischen dem französischen Botschafter Paul-Boncour und Eden verlautet von französischer Seite, daß über den deutschen Zwischenbescheid nicht gesprochen worden sei. Es sei jedoch ausführlich über die mittelenglische Lage beraten worden, insbesondere im Hinblick auf die in Rom getroffene neue Vereinbarung zwischen Italien, Österreich und Ungarn. Eden habe außerdem einer gewissen Belorussie hinsichtlich der Opposition im englischen Unterhaus Ausdruck gegeben.

In französischen Kreisen herrscht der Einbruck, daß zunehmend bis Anfang Mai keine wichtigen Ereignisse in der Viermonatsfrist zu erwarten seien.

Man glaubt, daß der über die Kanäle geführte diplomatische Meinungs austausch sowie die Rückflut aus die französischen Wahlen diese Pause notwendig machen. Gleichzeitig gibt der diplomatische Steuermitarbeiter als Ansicht unterrichtet, daß die Begründung, man werde zu solcher Einstellung von der Ansicht bewegen, daß die Locarnomächte vor den französischen Wahlen am 8. Mai und bevor Mussolini das Locarnomeeting beantwortet hat keinen nützlichen Zweck habe. Die allgemeine Meinung geht dahin, daß

die Antwort Mussolinis mehrere Wochen hinausgezögert werde, bis der Dreizehnerabend weiß, ob eine friedliche Regelung des abendländischen Krieges erzielt werden kann oder nicht. Alles deutet daher darauf hin, daß bis Mitte Mai keine allgemeinen Besprechungen der deutschen Gegenvorschläge stattfinden würden.

Der Führer vor 200 000 in Ludwigshafen

„Wir wollen nicht Kriegsrath, sondern Friedensrath sammeln!“

Ludwigshafen, 25. März.

Unermüdlich eilt der Führer von Ort zu Ort, um das deutsche Volk über den Sinn der bevorstehenden Reichstagswahl aufzuklären, um ihm die Notwendigkeit seiner leichten großen politischen Entscheidungen darzulegen und zusammen mit ihm auf neue den Friedenswillen Deutschlands zu befunden. Am Mittwochabend sprach Adolf Hitler in Ludwigshafen, und auch hier wie überall zuvor zeigte die begeisterte Zustimmung der Massen zu seinen Worten, daß das ganze deutsche Volk geschlossen hinter seinem Führer steht.

Im Hindenburgpark, dessen große Versammlungshalle von weitem freigelände umgeben ist, hatten sich von Mittag an annähernd 200000 Menschen versammelt. Der Führer durchschritt die ganze Halle und bog dann auf das Podium, wo ihm drei kleine BDM-Mädchen Blumensträuße übergebenen. Gauleiter Büchel eröffnete die Kundgebung mit einer kurzen Ansprache.

Minutenlang dominierten dem Führer die Heilsufe entgegen, als er seine Rede begann. In einfachen und volkstümlichen Worten wiederholte er das Bekennnis, daß ihm in den Jahren des Kampfes und unverändert auch seit der Machtergreifung gesagt wurde: „Der Glaube an das deutsche Volk.“

Auf diesem Glauben und aus der Liebe des Volkes zum Führer lobt Adolf Hitler die Kraft, den Kampf durchzutragen zu können, den Kampf für Deutschland. Die Zeit, in der der Führer die Verantwortung für die Geschichte des deutschen Volkes übernahm, um das deutsche Volk zu retten, war eine Zeit, in der man hart werden mußte. Traditionen und alte Symbole mußten aufgegeben werden, und es galt, die beiden Extreme: Nationalismus und Sozialismus, zusammenzuführen. Es ging dabei nicht immer schmerzlos zu, aber aus der Notwendigkeit heraus, den schon allzu lange währenden Schmerz einmal zu beseitigen, mußte gehandelt werden, und mußte einer kommen, der die Einigkeit herstellte.

Das deutsche Volk muß Glauben haben an seine Kraft und an sein Leben. Aber es muß sich erst selbst eingesetzt für sein Leben.“

Der Führer schilderte dann die Gründe für die Erweckung und Stärkung der seelischen Kräfte durch den Nationalsozialismus, denn allein aus diesen Kräften heraus könne Deutschland seinen Kampf um die Gleichberechtigung in der Welt führen. Der Friedenswillen, der nicht nur vom Führer,

sondern auch immer wieder vom deutschen Volk betont werde, entspricht ganz der nationalsozialistischen Weltanschauung und Weltbestaltung.

Friedensliebe bediente aber nicht Charakterlosigkeit. Mit langanhaltendem Beifall stimmen die Massen den Worten des Führers bei, als er betonte, daß wir nicht der Meinung sind, daß Friede Verklavung und Unterwerfung bedeute. Ein wahrer Friede könne nur auf gänzlich freier Einigkeitsbasis gleichberechtigter Parteien zustande kommen. Diktat erwecke Hass und Empörung. Das Beispiel eines wahren Friedens habe Deutschland in seinem Innern selbst gegeben, denn der Nationalsozialismus habe es verstanden, alle als Volksgenossen zusammenzuführen.

Der Führer sprach dem ganzen Volk aus dem Herzen, als er das Bekennnis ablegte, für einen Frieden jederzeit, aber niemals für Unterwerfung und Unterdrückung einzutreten zu wollen, und überzeugt brachte dem Führer die Heilsufe entgegen. Mit seiner Ironie führte Adolf Hitler aus,

dab daß deutsche Volk im Weltkrieg bereits genug Kriegsrath gesammelt habe. Deutschland lebe seine Aufgabe jetzt darin, Friedensrath zu sammeln, und es sei in seiner bisherigen Arbeit auf dem besten Wege dazu, die gewaltigen Aufgaben, die unter diesem Zeichen gestellt wurden, zu lösen.

für die Schuhe nur Erdal